

Briefwechsel Hans G. Zeger / Grüne Oberösterreich

Anm: Das letzte Mail an die Grünen blieb unbeantwortet.

----- Original Message -----

From: Hans G. Zeger

To: gottfried.hirz@gruene.at

Sent: 2009/08/29 17:19:08

Subject: Re: Resolution an die Bundesregierung Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderpornografie

Lieber Gottfried Hirz!

Herzlichen Dank für das Mail. Die Nachricht erreichte mich zwar etwas verstümmelt, aber ich denke die wichtigsten Argumente waren dabei.

Die Grünargumentation gleicht nunmehr fast wortident der VP-Argumentation, allen voran BM Fekter, die mittlerweile zur größten Datenschützerin aufgestiegen ist, wenn es darum geht die neuesten Grundrechtsgrauslichkeiten (siehe Asylrecht) zu verkünden.

Nun ist natürlich Kinderpornographie ein Themenbereich, bei dem es sicher keine Befürworter gibt. Sogar Pädophile sind dagegen. Heftet man den Kampf gegen Kinderpornographie an seine Fahnen, kann man sicher nichts falsch machen. Man kann auch hoffen am rechtspopulistischen Mainstream mitzunaschen und vielleicht auf diesem Weg in der Bevölkerung auf (positive) Wahrnehmung zu stoßen. Ein fataler Irrglaube, denn die Bevölkerung kann sehr gut Positionen und aufgeklebte Positionen unterscheiden und wer rechtsautoritär denkt geht lieber zum Schmied (Strache) als zu den "Weicheiern" Faymann/Haider, Fekter/Pühringer oder eben Glawischnig/Anschober. Sorry, so ist Politik mal eben.

Der Abscheu gegen Kinderpornographie sollte aber nicht zum Abschalten des Hirns verleiten. Gerade dieses Thema wäre, weil alle anderen Parteien in eine rechtspopulistische Falle tappen, ein ausgezeichnetes Thema zu einer - auch für viele Menschen - nachvollziehbaren und glaubwürdigen sicherheitspolitischen Positionierung geeignet gewesen.

In Stichworten einige Fakten:

- Österreich hat ein massives Problem mit Kinderprostitution: Statt jedoch die Freier zu belangen, werden die Kinder, die aus ärmsten Verhältnissen stammen entweder bestraft oder abgeschoben. Die einschlägigen NGOs können genaustens darüber berichten, die Behörden leugnen das Problem, weil es keine Listen und Evidenzen gibt. Die Freier kommen deswegen straflos davon, weil sie regelmäßig argumentieren, sie hätten nicht erkannt, dass es sich bei der missbrauchten Person um jemanden unter 14 bzw. 18 handelt. Die Behörden akzeptieren das und verlangen gleichzeitig, dass der Betrachter pornographischen Materials sehr wohl den Unterschied zwischen normaler (erlaubter) Pornographie und Kinderpornographie erkennen soll.

- Österreich hat ein massives Problem mit (Kinder)sklaverei: die bekannten Fälle (Amstetten, Kampusch, Linzer Verwehrlosungen, der Fall des steirischen(?) Knechts, ...) sind nur die Spitze eines Problems, das wohl mehr als 100 Menschen umfassen wird. Die Zahl ergibt sich aus einer Hochrechnung aus Deutschland und den Vermisstenfällen, denen in Österreich bestenfalls halbherzig nachgegangen wird.

- Österreich hat ein massives Problem mit Kindestötung: etwa 70 Kinder werden jährlich in Österreich kurz nach der Geburt getötet, ihre Leichen werden nie gefunden, die Politik ignoriert das Problem. Diese Zahl ergibt sich ebenfalls aus Vergleichszahlen aus Deutschland und Frankreich, in diesen Ländern wird dem Problem längst gesteigerte Aufmerksamkeit gewidmet.

- Österreich hat ein massives Problem mit Kindesmisshandlung: das Verhältnis zwischen bekannten(!) Missbrauchsfällen und Verurteilungen liegt derzeit bei rund 1 zu 120, also nur rund jeder 120. Fall wird verurteilt. Hier gibt es einschlägige Studien des BMJ. Was sollen verschärfte Tilgungsbestimmungen, längere Haftstrafen und Berufsverbote, wenn die Täter sowieso nicht belangt werden?

- die EU hat ein massives Problem in der strafrechtlichen Beurteilung der Kinderpornografie: innerhalb der EU gibt es massive Rechtsunterschiede, die es Tätern ganz besonders leicht machen zu agieren.

- Kinderschutz sollte vor populistischen Pseudoaktionen stehen: der Missbrauch der Kinder findet bei der Produktion des Materials statt, nicht beim Verbreiten oder ansehen, dort ist schon alles vorbei. Den Produktionsstätten ist höchste Aufmerksamkeit zu widmen, hier sind Ressourcen und Mittel zu investieren. Ob es daran liegt, dass auch in Polizeikreisen Kindesmissbrauch vorkommt, dass man sich damit weniger beschäftigen will? Sicher ist, die Produktion von Kinderpornos ist international organisiert. Dies bedeutet aber nicht, dass sie nicht auch in Österreich stattfindet. Tatsächlich werden die für Österreich bestimmten Materialien im Ausland produziert, aber umgekehrt auch fürs Ausland bestimmtes Material in Österreich produziert. Der Grund ist simpel, man will auf diesen Weg die Gefahr des Erkennens der Kinder, der Täter oder der Umgebungen minimieren. Hier internationale Strukturen zu schaffen, die den Informationsfluss, auch innerhalb der EU, verbessern, wäre höchst an der Zeit. Gerade Spanien steht immer wieder in Verdacht eine Hochburg für die Produktion einschlägigen Materials zu sein. Manche Betrachter von kinderpornographischen Materials wissen um ihre krankhafte Neigung und wollen aus dem Milieu heraus. Diesen Menschen Exit-Szenarien anzubieten und ihnen im Rahmen einer Kronzeugenregelung - unter genau definierten therapeutischen, sozialen und sicherheitsrechtlichen Auflagen - eine straffreie Ausstiegsmöglichkeit zu schaffen, wäre sinnvoll. Es wäre weit sinnvoller - aber auch schwieriger - an die Produzenten heran zu kommen, statt ein paar Bildbetrachter in populistischen Aktionen vorzuführen.

Abschließend noch eine Anmerkung: Die Aussage, man wolle sich in Zukunft verstärkt den Serverbetreibern widmen, klingt wie eine gefährliche Drohung (besser eher als politisches Kurzschlusssignal). Längst werden kinderpornographische Materialien über sog. Bot-Netze verteilt, deren Basis sind die vielen Millionen ungeschützt Tag und Nacht Online geschalteten Privat- und KMU-Computer. Beginnt man in diesem Bereich die "Hosts" zu überwachen und zu beschlagnahmen, dann ist dem willkürlichen Computerzugriff der Polizei Tür und Tor geöffnet. Chinesische oder Nordkoreanische Überwachungsmaßnahmen nehmen sich dann armselig dagegen aus. Das wissen natürlich alle Computerexperten, inklusive derer des BKA. Das Ziel ist auch nicht die paar österreichischen Bot-Netzknoten mit Kinderpornomaterial, sondern die Möglichkeit jederzeit auf jede Internet-Infrastruktur zugreifen zu können. Der Verdacht auf kinderpornographisches Material ist rasch ausgesprochen, die Beschlagnahme rasch durchgeführt, der Schaden - wenn der Verdacht doch falsch war - nicht mehr gut zu machen. Im übrigen findet die Verbreitung mehr und mehr als steganographisch getarntes Material statt.

All diese Fakten hätte man innerhalb ein, zwei Tage zusammen tragen können und eine ordentliche Resolution erstellen können. Dann wären die anderen Parteien unter Zugzwang und Begründungsnotstand gekommen und die Grünen hätten auch medial eine ordentliche und glaubwürdige Bühne gehabt.

Wie man sieht, argumentiere ich zur Kinderpornographie in keinem Punkt grundrechtlich, das wäre zynisch und überflüssig. Natürlich ist das Grundrecht auf Freiheit und Selbstbestimmung der Kinder ein nicht verhandelbares Recht.

Die Beteiligung an der Resolution schaut nach einem vorauseilenden Kotau für die ÖVP aus, damit man doch wieder einen Landesratposten zugeteilt bekommt. Warum man bei derartigen Mitläuferpositionen die Grünen wählen sollte, ist mir ein Rätsel. Gäbe es aber einen Preis für politische Naivität, dann wären die Grünen mittlerweile Dauerabonnetten. Schade.

mfg Hans G. Zeger

PS: Bezüglich der Verhältnisfrage von Grundrechten sollte man wirklich nicht jeden VP-Blödsinn nachplappern. Wenn wir die Grundrechte relativieren und gegeneinander auspielen, müssten wir das auch bei den Grundrechten auf Sicherheit oder Eigentum tun. Womit wir wieder am Anfang sind, wie sichern wir alle Grundrechte? Die VP-Position des relativen Werts des Grundrechts auf Privatsphäre oder der freien Meinungsäußerung läuft in Wirklichkeit darauf hinaus, die Rechte auf Sicherheit und Eigentum absolut zu setzen. Von deren Relativierung hört man aus VP-Kreisen nie etwas.

Date sent: Thu, 27 Aug 2009 16:35:21 +0200 (CEST)

From: Die Grünen OÖ - Wortwechsel

To: hans.zeger@argedaten.at

Copies to: Ir

>

> Lieber Hans Zeger!

>

> Rudi Anschober hat mir als verantwortlichen Klubobmann für die damalige Abstimmung im Landtag das Mail zur Beantwortung weitergeleitet, was ich gerne tun werde.

>

> Vielen Dank für deine Reaktion zur Resolution an die Bundesregierung betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderpornografie (Initiativantrag 1875 BlgOöLT XXVI. GP), die am 7. Mai 2009 im Oö. Landtag einstimmig verabschiedet wurde. Ich weiß, dass unser Stimmverhalten teilweise Irritation hervorgerufen hat, daher bin ich froh, dass du uns die Möglichkeit zur Stellungnahme gibst.

>

> Gleich vorweg möchten wir bekräftigen, dass wir Bedenken im vorliegenden Zusammenhang sehr, sehr ernst nehmen und uns diese auch ganz wesentlich und wichtig erscheinen. Die zahlreichen aufmerksamen Beiträge zu diesem sensiblen Thema, die bei uns bereits eingelangt sind, unterstreichen die Bedeutung dieser Thematik.

>

> Uns Grünen sind die Grund- und BürgerInnenrechte - wie wir in dieser Legislaturperiode schon mehrfach bewiesen haben - enorm wichtig und ein großes Anliegen. Dazu gehört selbstverständlich die Gewährleistung der Meinungsfreiheit, auch im Bereich der sogenannten "Neuen Medien", wie insbesondere dem Internet. Wir verstehen und teilen die grundsätzliche Besorgnis, denn auch die Grünen Oberösterreich wollen keinesfalls eine "Zensur" von Ä Medieninhalten, sondern steht für die Grünen der Schutz der Grundrechte im Vordergrund. Allerdings ist bereits an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass auch die verfassungsgesetzlich gewährleisteten Grund- und Freiheitsrechte keine grenzen- und schrankenlosen Rechte darstellen bzw. zum Teil über immanente Schranken verfügen.

>

> Bei der in Rede stehenden Landtagsbeilage 1875/2009 handelt es sich um eine Aufforderung des Landes Oö. an die Bundesregierung, im Bereich der Bekämpfung der Kinderpornografie zusätzliche Maßnahmen zu setzen. Formaler Hintergrund für den Antrag ist, dass die

Gesetzgebungskompetenz in diesem Zusammenhang beim Bund liegt (es betrifft hauptsächlich Strafrecht, Strafprozessrecht, Medienrecht und Telekommunikationsrecht). Obwohl die Bundesländer in diesen Bereichen keine Kompetenzen haben, können sie jedoch den Bund auffordern, entsprechende Maßnahmen in die Wege zu leiten. Da den Grünen Oberösterreich die möglichst effektive Zurückdrängung der nationalen und internationalen Kinderpornografie auf allen Ebenen im Interesse aller Betroffenen, vor allem der Kinder, die das "schwächste und schutzloseste Glied der Kette" darstellen, ebenfalls ein wichtiges Anliegen

>

> Dabei war uns die Diskussion in anderen europäischen Ländern, vor allem auch der BRD, durchaus bewusst und sehen wir auch die dort auftretenden Problemfelder, die in Österreich auch keinesfalls "nachgemacht" werden sollten! Der Bezug auf das "Deutsche Modell" wurde in erster Linie deshalb erwähnt, weil in der BRD zuerst der Weg in Richtung Selbstverpflichtung der Provider gewählt wurde, was besonders auch aus unserer Sicht den ersten Schritt darstellen und dem erst in einem weiteren Schritt eine gesetzliche Regelung nachfolgen sollte. Darauf wird in der Begründung des Antrages auch ausdrücklich Bezug genommen. Im Unterschied zur BRD hat in Österreich das Zweite Gewaltschutzgesetz außerdem den Tatbestand des § 207a StGB insoweit erweitert, als nunmehr auch der unwissentliche (!) Zugriff auf eine pornographische Darstellung Minderjähriger unter Strafe gestellt wird - und

>

> Was aus unserer Sicht im weiteren Diskussions- und Umsetzungsprozess allerdings von besonderer Bedeutung sein wird und uns vor allem von den Vorschlägen in der BRD unterscheidet, ist der Umstand, dass wir Grüne der Meinung sind, dass derartige Sperren zum einen ein vorgelagertes rechtsstaatliches Verfahren erfordern und zum anderen eine parallele Grundrechtskontrolle - etwa eine/n Grundrechtsbeauftragte/n oder ein entsprechendes Grundrechtsgremium - unbedingt gewährleistet sein muss und zwar nicht nur hinsichtlich der Sperrlisten selbst, sondern vor allem auch der allenfalls im Zusammenhang mit solchen Sperren gesammelten Daten. Denn unserer Ansicht nach sind derartige Maßnahmen nur mit einem begleitenden Grundrechtsschutz zulässig und rechtfertigbar.

>

> Unter dieser Voraussetzung, dass ein rechtsstaatliches Verfahren, eine strenge Handhabung und die Grundrechtskontrolle gesichert sind, stellen die vorgeschlagenen Maßnahmen einen adäquaten Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte dar und kann die Möglichkeit willkürlicher Zensur beseitigt werden.

>

> Unter diesem Gesichtspunkt stehen sich "Kinderpornografie" und "Meinungsfreiheit" auch nicht gegenüber. Das "world wide web" als Trägermedium für Inhalte muss mit denselben Garantien gesichert sein, wie alle übrigen Medien und Medieninhalte auch. Aber es kann dabei keinen Unterschied machen, mit welchem Medium ein tatsächlich verbotener und klar abgrenzbarer Inhalt transportiert wird: Kinderpornografische Inhalte sind in jeder Hinsicht und auf welchem Medium auch immer zu unterbinden - ganz gleich ob im Internet, auf DVD's, CD-ROM's, Bücher, Zeitungen, Zeitschriften etc. oder im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen. Für jedermann/jederafrau ist beispielsweise unbestritten klar, dass der Verleiher oder die Verleiherin von Videokassetten oder DVD's dafür zur Verantwortung gezogen wird, wenn kinderpornografisches Material weitergegeben wird. Für die Kinderpornografie ist

>

> In diesem Zusammenhang ist unserer Meinung nach eben auch die Verantwortung der KommunikationsmittlerInnen hervorzuheben und nicht bloß die Strafverfolgung der ProduzentInnen einerseits und KonsumentInnen andererseits. Denn die Vermittlung kinderpornografischer Inhalte trägt ebenfalls ganz wesentlich zur Aufrechterhaltung dieser in jeder Hinsicht zu verurteilenden Machenschaften bei und ist daher im Sinne eines umfassenden und wirksamen Opferschutzes genauso mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln zu unterbinden.

>

> Die teilweise behauptete bloß temporäre Wirksamkeit, die Wirkungslosigkeit oder die Umgehungsmöglichkeiten der geforderten Maßnahmen sind aus unserer Sicht kein tragfähiges

Argument dagegen, denn selbst wenn nur ein geringer Wirkungsgrad eintritt, bedeutet dies bereits einen kleinen und ganz wichtigen Erfolg gegen die Kinderpornografie. Internetsperren sind eine zusätzliche Handlungsalternative, aber eben weil dieses Thema so wichtig ist, wollen wir auch auf dieser Ebene Maßnahmen anregen. Wir nehmen auch das häufig geäußerte Argument, dass es schärferer Aktionen gegen die Serverbetreiber selbst etc. braucht, gerne zum Anlass dies künftig verstärkt zu fordern, damit nicht nur den Sperren, sondern vor allem auch der dauerhaften Beseitigung kinderpornografischen Materials durch Serverbeschlagnahmen etc. zusätzliches Augenmerk von den Sicherheitsbehörden geschenkt wird.

>

> Die Grünen Oberösterreich stehen daher weiterhin für umfassende Maßnahmen gegen Kinderpornografie und den Schutz der Opfer, aber auch für die Wahrung der Meinungsfreiheit und der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Grundrechte überhaupt.

>

> Aufgrund der zahlreichen Rückmeldungen ist unsere Stellungnahme zu diesem Themenbereich trotz aller gebotenen Kürze etwas umfangreicher ausgefallen, nicht zuletzt, um der Komplexität und Vielschichtigkeit zumindest ansatzweise gerecht zu werden. Wir bitten dafür um Verständnis.

>

> Mit freundlichen Grüßen

> Gottfried

>

> Gottfried Hirz

> Klubobmann der Grünen im Oö. Landtag

[N] Gottfried Hirz HIRGOT

fon[N] fax[N] mail[N]gottfried.hirz@gruene.at

[N] [W]Die Grüne Oberösterreich - Landesbüro, A-4040 Linz, Landgutstraße 17

fon[N]0732.739400 fax[N]0732.739400-99 mail[N]ooe@gruene.at

----- Original Message -----

From: Hans G. Zeger

To: ooe@gruene.at

Sent: 2009/08/21 11:41:22

Subject: Initiativantrag Internet

Liebe Doris Eisenriegler!

Lieber Rudi Anschober!

Durch Zufall gelangte folgender Initiativantrag zu uns:

<http://www1.land-oberoesterreich.gv.at/lgtbeilagen/blgttexte/20091875.htm>

Ich lese den Text so, dass er auch von einigen Grünmandataren unterstützt wurde.

Ist das richtig? Was waren die Beweggründe dafür?

mfg Hans G. Zeger

[N] [W]Die Grüne Oberösterreich - Landesbüro, A-4040 Linz, Landgutstraße 17

fon[N]0732.739400 fax[N]0732.739400-99 mail[N]ooe@gruene.at